

BEMA VFK

Videofallkonferenz mit an der Versorgung des Versicherten beteiligten Pflege- und Unterstützungspersonen

Nr.	Leistung	Abkürzung	Bewertungs- zahl
VFK	Videofallkonferenz mit an der Versorgung des Versicherten beteiligten Pflege- und Unterstützungspersonen		
	a) bezüglich eines Versicherten		12
	b) bezüglich jedes weiteren Versicherten in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang		6

Vereinbarte Abrechnungsbestimmungen zum BEMA:

Zu Nr. VFK:

1. Die Leistung nach Nr. VFK ist abrechenbar bei Versicherten, die einem Pflegegrad nach § 15 SGB XI zugeordnet sind oder Eingliederungshilfe erhalten, sowie bei Versicherten, an denen zahnärztliche Leistungen im Rahmen eines Kooperationsvertrages nach § 119 b Abs. 1 SGB V erbracht werden. Die Anspruchsberechtigung ist vom Zahnarzt in der Patientenakte zu dokumentieren.
2. Die Nr. VFK ist nur abrechenbar für Videofallkonferenzen mittels eines Videodienstes gemäß Anlage 16 BMV-Z.
3. Die Leistung nach Nr. VFK kann je Quartal und Versicherten dreimal abgerechnet werden.
4. Die Leistung nach Nr. VFK kann nur als alleinige Leistung erbracht werden.
5. Die Leistung nach Nr. VFK ist nur abrechenbar, wenn im Zeitraum der letzten drei Quartale unter Einschluss des aktuellen Quartals ein persönlicher Kontakt des Zahnarztes mit dem Versicherten stattgefunden hat.

Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V)

§ 87

Bundesmantelvertrag, einheitlicher Bewertungsmaßstab, bundeseinheitliche Orientierungswerte

(2 k) Im einheitlichen Bewertungsmaßstab für zahnärztliche Leistungen sind Videosprechstundenleistungen vorzusehen für die Untersuchung und Behandlung von den in Absatz 2 i genannten Versicherten und von Versicherten, an denen zahnärztliche Leistungen im Rahmen eines Vertrages nach § 119 b Absatz 1 erbracht werden. Die Videosprechstundenleistungen nach Satz 1 können auch Fallkonferenzen mit dem Pflegepersonal zum Gegenstand haben. § 71 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend. Die Anpassung erfolgt auf Grundlage der Vereinbarung nach § 366 Absatz 1 Satz 1.

§ 366**Vereinbarung über technische Verfahren zur Videosprechstunde
in der vertragszahnärztlichen Versorgung**

(1) Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung vereinbart mit dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen im Benehmen mit der Gesellschaft für Telematik die Anforderungen an die technischen Verfahren zu Videosprechstunden, insbesondere Einzelheiten hinsichtlich der Qualität und der Sicherheit, und die Anforderungen an die technische Umsetzung. § 630 e des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist zu beachten.

(2) Kommt die Vereinbarung nach Absatz 1 nicht zustande, so ist auf Antrag eines der Vereinbarungspartner ein Schlichtungsverfahren nach § 370 bei der Schlichtungsstelle nach § 319 einzuleiten.

Anlage 16 aus dem Bundesmantelvertrag – Zahnärzte (BMV-Z)**Vereinbarung über die Anforderungen an die technischen Verfahren zur Videosprechstunde
gemäß § 291 g* Absatz 5 SGB V**

In der Fassung vom 30.03.2020, Datum des Inkrafttretens: 01.07.2020.

§ 1**Vertragsgegenstand**

¹Diese Vereinbarung regelt die Anforderungen an die technischen Verfahren zur Durchführung von Videosprechstunden in der vertragszahnärztlichen Versorgung, insbesondere Einzelheiten hinsichtlich der Qualität und der Sicherheit sowie die Anforderungen an die technische Umsetzung.

²Videosprechstunden in der vertragszahnärztlichen Versorgung sind gem. §§ 291 g Abs. 5 i. V. m. 87 Abs. 2 k SGB V für die Untersuchung und Behandlung von den in § 87 Abs. 2 i SGB V genannten Versicherten, von Versicherten, an denen zahnärztliche Leistungen im Rahmen eines Vertrages nach § 119 b Abs. 1 SGB V erbracht werden, sowie für Fallkonferenzen mit dem Pflegepersonal oder der Unterstützungsperson vorzusehen. ³Die Videosprechstunde erfolgt als synchrone Kommunikation zwischen einem Vertragszahnarzt und dem Versicherten, dem Pflegepersonal oder der Unterstützungsperson über die zur Verfügung stehende technische Ausstattung, ggf. unter Assistenz, z. B. durch eine Bezugsperson, im Sinne einer Online-Videosprechstunde in Echtzeit, die der Vertragszahnarzt dem Versicherten, dem Pflegepersonal oder der Unterstützungsperson anbieten kann.

⁴Die Vereinbarungspartner sind sich einig, dass die Teilnahme an der Videosprechstunde für alle Teilnehmer freiwillig ist.

§ 2**Bestimmungen zum Datenschutz
und zur Datensicherheit**

(1) ¹Der Videodienstanbieter und der Vertragszahnarzt haben für die Verarbeitung personenbezogener Versichertendaten die rechtlichen Rahmenbedingungen zu beachten, die sich insbesondere aus den Vorschriften der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) sowie des Fünften Sozialgesetzbuches (SGB V) und – soweit anwendbar – des Zehnten Sozialgesetzbuches (SGB X) ergeben. ²§ 75 b SGB V in der jeweils gültigen Fassung ist zu beachten.

(2) ¹Im Hinblick auf die Sicherheit der Verarbeitung der Daten hat der Vertragszahnarzt in seinen Räumlichkeiten zu gewährleisten, dass die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen entsprechend Art. 32 DS-GVO eingehalten werden. ²Die Videosprechstunde hat zur Gewährleistung der Datensicherheit und eines störungsfreien Ablaufes in geschlossenen Räumen, die eine angemessene Privatsphäre sicherstellen, stattzufinden.

(3) Der Videodienstanbieter ist verantwortlich für die Daten, die bei der Verwendung seines Dienstes verarbeitet werden..

§ 3

Anforderungen an die apparative Ausstattung

¹Die apparative Ausstattung umfasst mindestens Folgendes:

- eine Kamera,
- einen Bildschirm (Monitor, Display etc.) mit einer Bildschirmdiagonale von mindestens 3 Zoll und einer Auflösung von mindestens 640 × 480 px,
- ein Mikrofon sowie
- eine Tonwiedergabeeinheit.

²Die Funktionalitäten können auch vollständig oder teilweise in einem Gerät vereint sein. ³Für die Datenübertragung ist eine Bandbreite von mindestens 2000 kbit/s im Download vorzuhalten. ⁴Höhere technische Anforderungen an die apparative Ausstattung können abhängig vom Inhalt der Videosprechstunde notwendig werden.

§ 4

Anforderungen an den Vertragszahnarzt

¹Die Videosprechstunde darf nur von einem Zahnarzt durchgeführt werden. ²Zu Beginn der Videosprechstunde hat auf beiden Seiten eine Vorstellung aller im Raum anwesenden Personen zu erfolgen. ³Eine Aufzeichnung der Videosprechstunde ist nicht gestattet. ⁴Der Vertragszahnarzt holt eine Einwilligung des Versicherten in die Datenverarbeitung des genutzten Videodiensteanbieters ein, die die Anforderungen nach Artikel 9 Absatz 2 lit. a) i. V. m. Artikel 7 DS-GVO erfüllt. ⁵Der Vertragszahnarzt darf für die Videosprechstunde ausschließlich gemäß § 5 zertifizierte Videodiensteanbieter nutzen.

§ 5

Anforderungen an den Videodiensteanbieter

(1) Der für die Videosprechstunde genutzte Videodiensteanbieter muss neben den Anforderungen des § 2 Absatz 1 Satz 1 die folgenden Anforderungen erfüllen:

1. Der Vertragszahnarzt muss sich für den Videodienst registrieren.
2. Der Videodienst muss keinen Zweitzugang vorhalten. Sofern ein Zweitzugang für Praxispersonal möglich ist, darf dieser allein und ausschließlich zu organisatorischen Zwecken im Zusammenhang mit der Videosprechstunde genutzt und mit diesem keine Videosprechstunde durchgeführt werden.
3. Versicherte und Pflegepersonal oder Unterstützungspersonen müssen sich ohne Account anmelden können, der Klurname des Versicherten, des Pflegepersonals oder der Unterstützungsperson soll für den Vertragszahnarzt erkennbar sein. Der Zugang darf nur zum Kontakt mit dem Vertragszahnarzt führen.
4. Der Videodiensteanbieter muss gewährleisten, dass der Vertragszahnarzt die Videosprechstunde ungestört, z. B. ohne Signalgeräusche weiterer Anrufer, durchführen kann.
5. Die Übertragung der Videosprechstunde soll über eine Peer-to-Peer-Verbindung zwischen Vertragszahnarzt und Versicherten, dem Pflegepersonal oder der Unterstützungsperson ohne Nutzung eines zentralen Servers erfolgen.
6. Der Videodiensteanbieter muss gewährleisten, dass sämtliche Inhalte der Videosprechstunde während des gesamten Übertragungsprozesses nach dem Stand der Technik Ende-zu-Ende verschlüsselt sind. Der Stand der Technik ergibt sich insbesondere aus der Technischen Richtlinie 02102 des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik in der jeweils aktuell gültigen Fassung.

7. Die eingesetzte Software muss bei Schwankungen der Verbindungsqualität bezüglich der Ton- und Bildqualität adaptiv sein. Die Entscheidung über die Durch- bzw. Fortführung der Videosprechstunde bei abnehmender Ton- und Bildqualität obliegt den Gesprächsteilnehmern. Sofern Konkretisierungen zu den Anforderungen an die bei der Übertragung einzusetzende Technik sowie Bild- und Tonqualität erforderlich sind, werden diese indikationsbezogen geregelt.
 8. Sämtliche Inhalte der Videosprechstunde dürfen durch den Videodienstanbieter weder eingesehen noch gespeichert werden können.
 9. Videodienstanbieter dürfen nur Server in dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) nutzen. Alle Metadaten müssen nach spätestens drei Monaten gelöscht werden und dürfen nur für die zur Abwicklung der Videosprechstunde notwendigen Abläufe genutzt werden. Die Weitergabe der Daten ist untersagt.
 10. Die Nutzungsbedingungen müssen vollständig in deutscher Sprache und auch ohne vorherige Anmeldung online abrufbar sein.
 11. Das Schalten von Werbung im Rahmen der Videosprechstunde ist untersagt.
 12. Der Videodienstanbieter muss eine aktuelle Bescheinigung beim GKV-Spitzenverband und der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung schriftlich vorgelegt haben, s. Anhang.
- (2) ¹Der Videodienstanbieter muss den Nachweis führen, dass er die Anforderungen an die Gewährleistung der Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der personenbezogenen Daten (nach a) und b)) sowie die inhaltlichen Anforderungen (nach c)) gemäß Absatz 1 Nr. 1 bis 11 erfüllt.

²Diese Nachweise werden erbracht durch:

a) Informationssicherheit:

- (1) ein Zertifikat des Bundesamtes für die Sicherheit in der Informationstechnik oder
- (2) ein Zertifikat über die technische Sicherheit von einer von der Deutschen Akkreditierungsstelle (DAkkS) akkreditierten Stelle.

b) Datenschutz:

- (1) ein Gütesiegel, das von einer unabhängigen Datenschutzaufsichtsbehörde vergeben bzw. anerkannt wurde, oder
- (2) ein Datenschutzzertifikat von einer von der Deutschen Akkreditierungsstelle (DAkkS) akkreditierten Stelle.

c) Inhalte:

ein Zertifikat oder Gutachten oder vergleichbare Bestätigung von einer von der Deutschen Akkreditierungsstelle (DAkkS) akkreditierten Stelle.

(3) Der Videodienstanbieter muss dem Vertragszahnarzt zum Vertragsabschluss das Vorliegen der Nachweise über die Ausstellung einer Bescheinigung bestätigen, s. Anhang.

(4) ¹Der GKV-Spitzenverband und die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung führen auf ihren Webseiten ein Verzeichnis der Videodienstanbieter, die eine Bescheinigung nach Abs. 1 Ziffer 12 vorgelegt haben. ²Diese Bescheinigung ist zum Ende der Laufzeit der Nachweise erneut vorzulegen.

Protokollnotiz:

Die Vertragspartner sind sich einig, dass die Nachweise gemäß § 5 Absatz 2 dieser Vereinbarung bei ggf. erfolgenden Anpassungen vorerst ihre Gültigkeit behalten und neue Nachweise aufgrund veränderter Anforderungen durch die Videodienstanbieter mit einer Karenzzeit beizubringen sind. Etwaige Karenzzeiten werden zwischen den Vertragspartnern vereinbart.

§ 6

Weiterentwicklung

Sofern sich aus den Erfahrungen mit den Videodiensten nach dieser Vereinbarung der Bedarf zur Anpassung ergibt, nehmen die Vereinbarungspartner die Verhandlungen wieder auf.

§ 7

Salvatorische Klausel

¹Sollten einzelne Klauseln oder Bestimmungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht berührt.

²Die unwirksame Bestimmung ist durch eine dem Zusammenhang der übrigen Regelungen und dem Willen der Vertragsparteien entsprechende wirksame Bestimmung zu ersetzen..

§ 8

Inkrafttreten und Kündigung

(1) Diese Vereinbarung tritt am 01.07.2020 in Kraft.

(2) ¹Diese Vereinbarung kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende ordentlich gekündigt werden. ²Im Fall der Kündigung gelten die Inhalte der gekündigten Vereinbarung bis zum Abschluss einer neuen Vereinbarung fort.

Der Anhang „Bescheinigung des Videodienstanbieters über die erforderlichen Nachweise gemäß § 5 Absatz 2 Anlage 16 Bundesmantelvertrag-Zahnärzte“ wird hier nicht mit aufgeführt.

Schnellübersicht zum Kommentar



Abrechnungsfähig

- bei Versicherten, die einem Pflegegrad nach § 15 SGB XI zugeordnet sind oder Eingliederungshilfe erhalten
- bei Versicherten, an denen zahnärztliche Leistungen im Rahmen eines Kooperationsvertrages nach § 119 b Abs. 1 SGB V erbracht werden
- dreimal je Quartal und Versicherten
- nur wenn Videofallkonferenz mittels eines Videodienstes nach Anlage 16 BMV-Z durchgeführt wird
- nur mit an der Versorgung des Versicherten beteiligten Pflege- und Unterstützungspersonen
- wenn im Zeitraum der letzten drei Quartale unter Einschluss des aktuellen Quartals ein persönlicher Kontakt mit Versicherten stattgefunden hat



Zusätzlich abrechnungsfähig

- Technikzuschlag (BEMA-Nr. TZ) je Praxis bis zu zehnmal; neben den ersten zehn im Quartal erbrachten Leistungen Videosprechstunde (BEMA-Nr. VS), Videofallkonferenz (BEMA-Nr. VFK), Videokonsil (BEMA-Nrn. 181 b oder 182 b)

**Nicht abrechnungsfähig**

- in derselben Sitzung neben jeder anderen zahnärztlichen Leistung (BEMA und GKV-GOÄ)

**Abrechnung**

- Abrechnung entsprechend regionalen Vorgaben der zuständigen KZV über die KCH-Quartalsabrechnung
 - mittels elektronischer Datenübermittlung
 - auf maschinell verwertbaren Datenträgern
- nur dann über Abrechnungsformular für Kiefergelenkserkrankung und Kieferbruch (BEMA-Teil 2 – KG/KB-Monatsabrechnung), wenn Leistungen im Rahmen der Behandlung von Kiefergelenkserkrankung oder Kieferbruch erforderlich sind. Regionale Unterschiede sind zu beachten.

Kommentar**1 Begriffsbestimmung und Indikation**

Im Bewertungsmaßstab für zahnärztliche Leistungen ist mit Wirkung zum 01.10.2020 eine neue Leistung „Videofallkonferenz“ auf Grundlage des § 87 Abs. 2 k SGB V, der mit dem Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals (Pflegepersonal-Stärkungsgesetz – PpSG) Einzug ins SGB V gefunden hat, eingeführt worden. Hiermit werden Fallkonferenzen per Video mit Pflege- bzw. Unterstützungspersonen bei Versicherten, die einem Pflegegrad nach § 15 SGB XI zugeordnet sind oder Eingliederungshilfe erhalten, sowie bei Versicherten, an denen zahnärztliche Leistungen im Rahmen eines Kooperationsvertrages nach § 119 b Abs. 1 SGB V erbracht werden, ermöglicht.

2 Abrechnung der Leistung

Die Videofallkonferenz nach BEMA-Nr. VFK findet mit den an der Versorgung des Versicherten beteiligten Pflege- oder Unterstützungspersonen statt. In diesem Zusammenhang sind Unterstützungspersonen Personen aus dem Umfeld der Anspruchsberechtigten, die in das Versorgungsgeschehen und ggf. die Betreuung einbezogen sind. Der leistungsberechtigte Versichertenkreis ist identisch mit dem der Videosprechstunde, mithin können Videofallkonferenzen bei Versicherten, die einem Pflegegrad nach § 15 SGB XI zugeordnet sind oder Eingliederungshilfe erhalten, sowie bei Versicherten, an denen zahnärztliche Leistungen im Rahmen eines Kooperationsvertrages nach § 119 b Abs. 1 SGB V erbracht werden, abgerechnet werden. Es kann nicht jeder am Markt verfügbare Videodienstanbieter für eine Videofallkonferenz genutzt werden, um die BEMA-Nr. VFK abzurechnen. Vielmehr ist es erforderlich, dass ein Videodienst gem. Anlage 16 BMV-Z eingesetzt wird. KZBV und GKV-SV bilden eine Liste der zertifizierten Videodienstanbieter auf der jeweiligen Homepage ab, die fortlaufend aktualisiert wird.

Seitens der Zahnarztpraxis sind die in Anlage 16 BMV-Z aufgezeigten rechtlichen Rahmenbedingungen zu beachten. Für einen störungsfreien Ablauf ist die Videosprechstunde in einem geschlossenen Raum durchzuführen. Aufzeichnungen sind nicht gestattet. Zu Beginn der Videosprechstunde sind die Teilnehmenden vorzustellen und die Einwilligung des Versicherten ist einzuholen und zu dokumentieren. Als apparative Ausstattung sind im Wesentlichen ein Bildschirm, eine Kamera, ein Mikrofon, eine Tonwiedergabeeinheit sowie ein Internetanschluss vorzusehen.

Die Leistung nach BEMA-Nr. VFK ist begrenzt und kann je Quartal und Versicherten dreimal abgerechnet werden. Voraussetzung ist, dass im Zeitraum der letzten drei Quartale unter Einschluss des

aktuellen Quartals ein persönlicher Kontakt des Zahnarztes mit dem Versicherten stattgefunden hat, s. Abrechnungsbestimmungen 3 und 5.

Nach Abrechnungsbestimmung 4 kann die Videofallkonferenz nur als alleinige Leistung erbracht werden. Das bedeutet, dass im Rahmen der Videofallkonferenz keine andere zahnärztliche Leistung abgerechnet werden kann.

Für den Zahnarzt kann eine Videofallkonferenz in der Durchführung planbarer sein als eine Videosprechstunde. So ist es in einer Videofallkonferenz auch möglich, Erörterungen, die mehrere Versicherte zum Beispiel derselben Einrichtung betreffen, zusammenhängend zu terminieren und durchzuführen. Erfolgt mit dem Pflegepersonal eine Videofallkonferenz über mehrere Versicherte in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang, ist die BEMA-Nr. VFK a für den ersten Versicherten, die BEMA-Nr. VFK b je weiteren Versicherten abzurechnen.

Im Hinblick auf die Kosten, die den Praxen im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme eines zertifizierten Videodienstleisters entstehen, ist ein pauschaler Technikzuschlag vorgesehen, der im Zusammenhang mit der Videofallkonferenz, aber auch der Videosprechstunde und dem jeweils einschlägigen Telekonsil abgerechnet werden kann. Der Technikzuschlag kann je Praxis bis zu zehnmal – jedoch nur für die ersten zehn im Quartal erbrachten Leistungen der BEMA-Nrn. VS, VFK, 181 b oder 182 b – abgerechnet werden. Die Reihenfolge wird im Praxisverwaltungssystem hinterlegt..

* Seit Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutz elektronischer Patientendaten in der Telematikinfrastruktur (Patientendaten-Schutz-Gesetz – PDSG) vom 14.10.2020 (BGBl. I S. 2115): § 366 SGB V.

Abrechnung? Aber sicher!

DER Kommentar zu BEMA und GOZ von Liebold/Raff/Wissing

Kompetenz aus über 50 Jahren Abrechnung.
Online, auf CD und als Loseblattwerk.



jetzt kostenlos online testen: www.bema-goz.de